

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge beschließen:

2 **Mehr Präsenz statt bloßer Verbotskultur**

3

4 Die Jusos Hamburg fordern den Senat auf, sich innerhalb des Hamburger
5 Verkehrsverbundes dafür einzusetzen, dass erstens die derzeit geltenden
6 Beförderungsbestimmungen nicht um ein generelles Verbot des Genusses
7 alkoholischer Getränken erweitert werden und zweitens die Präsenz von
8 Sicherheits- und Kontrollkräften zur verbesserten Durchsetzung der bereits
9 bestehenden Bestimmungen in Bussen und Bahnen, sowie an Bahnsteigen erhöht
10 wird.

11

12 **Begründung:**

13 Bereits im vergangenen Dezember forderte der damalige Bürgermeister Christoph
14 Ahlhaus (CDU) ein generelles Alkoholverbot im Öffentlichen Nahverkehr. In den
15 letzten Wochen ist bekannt geworden, dass der Hamburger Verkehrsverbund nun
16 in der zweiten Jahreshälfte 2011 die Einführung einer derartigen Regelung plant.
17 Demzufolge soll mit Inkrafttreten der ergänzten Beförderungsbestimmungen für
18 den Konsum alkoholischer Getränke innerhalb der Fahrzeuge des HVV ein Bußgeld
19 in Höhe von 40 Euro erhoben und der Fahrgast von der weiteren Fahrt



20 ausgeschlossen werden. Wir Jusos halten diesen Ansatz für falsch. Nicht nur haben
21 wir erhebliche Zweifel an der Effektivität einer solchen Regelung. Sie birgt darüber
22 hinaus die Gefahr, Einfallstor für eine Verbotskultur zu sein, in der Einschränkungen
23 der individuellen Freiheit und die Stigmatisierung bestimmter
24 Bevölkerungsgruppen an die Stelle der eigentlichen Ursachenbekämpfung treten.

25 Hamburg erhebt gerade unter dem neuen Senat den Anspruch, eine offene und
26 tolerante Metropole zu sein. Die Wahrung der Freiheit des Einzelnen steht im
27 Einklang mit der liberalen Tradition unserer Stadt. Solange sie nicht die
28 Lebensqualität anderer beschränken, werden persönliche Gewohnheiten hier,
29 unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung, akzeptiert. Dazu gehört auch der
30 maßvolle Genuss alkoholischer Getränke. Hintergrund des beabsichtigten Verbots
31 sind indes die Folgen übermäßigen Alkoholkonsums, wie Gewalttaten, die
32 Belästigung anderer Fahrgäste, sowie die Verschmutzung und Beschädigung der
33 Fahrzeuge des HVV. Der Versuch, diese Missstände mit einem absoluten Verbot zu
34 bekämpfen, birgt die Gefahr einer Pauschalisierung. Er impliziert, dass
35 Hamburgerinnen und Hamburger, die Alkohol konsumieren, grundsätzlich zu
36 Gewalt oder störendem Verhalten neigen. Insbesondere junge Menschen werden
37 unter einen unerträglichen Generalverdacht gestellt. Dabei geht es regelmäßig um
38 die Verfehlungen Einzelner, die überdies häufig bereits vor Fahrtritt alkoholisiert
39 sind. Das Verhalten dieser Problemfälle soll nun Begründung sein, die Freiheit der
40 großen Masse der vernünftigen Nutzer Öffentlicher Verkehrsmittel zu beschneiden.
41 Wir Jusos stellen uns entschieden gegen Vorverurteilungen und pauschale Verbote.

42

43 Auch stellt sich die Frage nach der Effektivität eines derartigen Verbots. Bereits
44 heute können alkoholisierte Personen, die eine Gefahr für die Fahrgäste darstellen,
45 von der weiteren Fahrt ausgeschlossen werden. Werden Fahrzeuge beschädigt
46 oder verunreinigt, müssen Täterinnen und Täter die Reinigungskosten erstatten.
47 Dennoch wird in Bussen und Bahnen Vandalismus betrieben und dennoch fühlen
48 sich Fahrgäste in Hamburg zu oft bedroht oder belästigt. Über hohe Gebühren und
49 Stichprobenkontrollen sollen Fahrgäste nun von vornherein vor Verstößen gegen
50 die neue Regelung abgeschreckt werden. Effiziente Abschreckung lässt sich in
51 unseren Augen jedoch nicht durch neue Verbote und härtere Strafen, sondern
52 einzig durch eine konsequentere Überwachung der bestehenden Regeln erzielen.
53 Diese kann derzeit durch die Mitarbeiter des HVV offenkundig nicht gewährleistet
54 werden. Wir bezweifeln daher auch stark, dass bei gleichbleibendem
55 Personaleinsatz ein generelles Alkoholverbot in der Praxis umgesetzt werden kann.
56 Es besteht vielmehr die Gefahr, dass aufgrund des erhöhten Kontrollaufwands
57 durch das Verbot, Sicherheitskräfte an anderen Stellen fehlen. Vorrangig ist hier
58 daher eine Verstärkung des Personals des HVV und damit einhergehend eine
59 erhöhte Präsenz von Ordnungskräften in den Fahrzeugen, sowie an den
60 Bahnsteigen. Das schreckt nicht nur vor Fehlverhalten ab sondern erhöht auch
61 merklich das Sicherheitsgefühl und somit den Komfort der übrigen Fahrgäste.

62



63 Klar ist und bleibt: der Umgang mit Alkohol und vor allem auch der Missbrauch
64 von Alkohol sind ernstzunehmende Themen über die auch in unseren Augen zu
65 wenig gesprochen wird. Einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Problematik
66 entgeht man jedoch gerade, indem man Alkoholkonsum schlicht aus öffentlichen
67 Orten, wie dem Nahverkehr vertreibt. Statt über die Orte, an denen getrunken
68 werden darf zu diskutieren, sollten viel mehr Aufklärung und Suchtprävention
69 intensiviert werden. Dies geschieht nicht zuletzt auch dadurch, dass man im
70 Nahverkehr zeigt, dass alkoholbedingtes Fehlverhalten entschieden sanktioniert
71 wird. Wir fordern daher kein Alkoholverbot, sondern die konsequente
72 Durchsetzung der bestehenden Regeln.